



Gemeinsame Pressemitteilung von Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW), NABU Baden-Württemberg und Landeswaldverband (LWV)

Keine Kürzungen beim Wald in der Klimakrise

Finanzierung der Daseinsvorsorge bei ForstBW muss gesichert bleiben

Stuttgart, 28.10.2024 – Vertreter des Landeswaldverbands, der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) und des NABU Baden-Württemberg appellieren an die Landesregierung, die Finanzierung der Daseinsvorsorgeleistungen im Staatswald auch in Zeiten der Klimakrise sicherzustellen. Hermann Eberhardt, Landesvorsitzender der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald und Vorsitzender des ForstBW-Beirates, unterstreicht die entscheidende Rolle des Waldes: „Der Wald ist weit mehr als ein Rohstofflieferant. Er schützt uns vor den Folgen des Klimawandels, speichert CO₂, produziert Sauerstoff und dient als natürliche Kühlung an heißen Tagen. Diesen unschätzbaren Wert gilt es zu bewahren und auch in Krisenzeiten angemessen zu finanzieren – dazu muss der Wald endlich ein Schwerpunktbereich der Landespolitik werden.“

Johannes Enssle, NABU-Landesvorsitzender, betont die besondere Verantwortung des Staatswaldes: „Laut Gesetz soll der Staatswald eine Vorbildfunktion in der Daseinsvorsorge einnehmen. Doch Kürzungen von einem Drittel der Ausgaben für den Waldnaturschutz lassen zentrale Aufgaben auf der Strecke bleiben. Dazu gehören die Renaturierung von Mooren, der Hochwasserschutz und der Erhalt der biologischen Vielfalt.“

Die Daseinsvorsorge im Staatswald beläuft sich aktuell auf rund 14 Millionen Euro pro Jahr. „Mit den angekündigten Kürzungen von jährlich 4,6 Millionen Euro wird die ökologische Nachhaltigkeit bei ForstBW bei den gesellschaftlichen Leistungen de facto ausbluten“, so Enssle weiter. „Der Staatswald wird seiner Vorbildfunktion nicht mehr gerecht, wenn er bei solch wichtigen Leistungen wie dem Waldnaturschutz und der Klimawandelanpassung zurückgestutzt wird.“ Gleichzeitig bediene sich das Land an den Erträgen aus der Waldbewirtschaftung mit einem Abführungsbetrag aus den Erträgen der Holzernte an das Land von vier Millionen Euro jährlich. „Wenn das Land dem Staatswald vier Millionen Euro entzieht, sollte mindestens dieser Betrag wieder in die Gemeinwohlleistungen des Staatswaldes reinvestiert werden“, sagt Enssle.

Einschnitte auch bei der Waldpädagogik erwartet

Zusätzlich ist geplant, im Bereich der Waldpädagogik zu sparen: „Allein im Geschäftsjahr 2024 fanden bei ForstBW über 4.200 waldpädagogische Veranstaltungen statt, darunter zahlreiche mehrtägige Aufenthalte von Schülerinnen und Schülern in den landesweit vier Waldschulheimen von ForstBW. Damit leistet ForstBW einen monetär kaum aufzuwiegenden Beitrag, um jungen Menschen die heimische Waldnatur zu vermitteln und den Nachhaltigkeitsgedanken zu verankern. Auch hier befürchten wir massive Einschnitte und einen personellen Aderlass, wenn die Sparvorgaben so umgesetzt werden wie aktuell vorgesehen“, erläutert der SDW-Vorsitzende Eberhardt.

Landesforstverwaltung: Dringender Handlungsbedarf bei der Finanzierung

Ähnlich prekär stellt sich die Situation bei der Landesforstverwaltung dar, die für den Kommunal- und Privatwald zuständig ist. Reinhold Mayer, Vorsitzender des Landeswaldverbands, verweist auf die Herausforderungen: „Die Ziele des Klimaschutzgesetzes und der Hochwasserschutzstrategie des Landes können ohne ausreichende Finanzierung entsprechender Maßnahmen im Wald nicht erreicht werden. Die über vier Jahre hinweg mühsam erarbeitete ‚Gesamtkonzeption Waldnaturschutz‘ sieht einen Bedarf von mehr als 20 Millionen Euro sowie über 46 Fachstellen bei den Landratsämtern vor. Doch es fehlen die notwendigen Ressourcen.“

Mayer betont, dass ohne spezialisierte Beratung vor Ort die Umsetzung der Waldnaturschutzstrategie sowie die Anpassung des Waldes an den Klimawandel unmöglich sind: „Die Waldnaturschutzberatung ist essenziell für den Wissenstransfer zu den Waldbesitzenden und die effiziente Förderung. Ohne ausreichende finanzielle Mittel und Personal wird die im Koalitionsvertrag verankerte Strategie zum Waldnaturschutz zur Makulatur.“

Die Verbandsvertreter sehen angesichts der prekären Lage des Waldes dringenden Handlungsbedarf: „In Zeiten des Klimawandels muss die Landesregierung ForstBW und die Landesforstverwaltung stärken, statt sie zu schwächen“, betont Mayer. Gleichwohl sei den Verbänden bewusst, dass die Haushaltsmittel des Landes nicht in den Himmel wüchsen. „Es braucht jetzt eine klare Priorisierung, um die Zukunft des Waldes und seiner Ökosystemleistungen zu sichern – und dafür muss im aktuellen Haushalt deutlich nachgebessert werden.“

Zentrale Forderungen der Verbände

1. **Investitionen statt Kürzungen bei der Daseinsvorsorge im Staatswald:** Reinvestition mindestens in Höhe des Abführungsbetrages von vier Millionen Euro aus den Holzerträgen von ForstBW in die Gemeinwohlleistungen.

2. **Stufenweise Stärkung der Waldnaturschutzberatung bei der Landesforstverwaltung:**
Mindestens acht neue Stellen jährlich bei den Unteren Forstbehörden für den Waldnaturschutz und vier Millionen Euro zusätzlich für die Waldnaturschutzförderung im Kommunal- und Privatwald.
3. **Sanierung der Waldschulheime:** Sanierung der dringend sanierungsbedürftigen Waldschulheime und Ausbildungsstellen, die eine zentrale Rolle in der Waldpädagogik und der Forstwirtausbildung spielen.

Kontakt für Rückfragen (nicht zur Veröffentlichung):

- Hermann Eberhardt, Landesvorsitzender Schutzgemeinschaft Deutscher Wald und Vorsitzender des ForstBW-Beirats, mobil: 0174 345 13 34
- Johannes Enssle, Landesvorsitzender NABU Baden-Württemberg und Stv. Vorsitzender des ForstBW-Beirats, mobil: 0176 43 85 95 64
- Reinhold Mayer, Vorsitzender des Landeswaldverbandes, mobil: 0178 296 01 57